

Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund entwickelt benachteiligte Sozialräume zu Aktionsräumen

7. Bundeskongress Soziale Arbeit - der Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund präsentiert sich im Regionalen Forum

Strukturwandel, demografische Entwicklung, Exklusion - die industriell geprägte Stadtgesellschaft steht vor gewaltigen Herausforderungen. In benachteiligten Quartieren, häufen sich Dimensionen sozio-ökonomischer, demografischer und ethnischer Segregation. Armutsbekämpfung kann nur als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Stadt gelöst werden kann. In Dortmund strukturiert der „Aktionsplan Soziale Stadt“ Rahmenbedingungen, die prekären Lebensbedingungen und gesellschaftlicher Ausgrenzung entgegenwirken sollen.

Gerade die altindustriellen Regionen, wie das Ruhrgebiet, sind in den letzten Jahren enormen Veränderungen ausgesetzt. „Weniger, älter, bunter“ sind die Schlagworte, die den demografischen Wandel plakativ zusammenfassen mögen, nicht aber dessen Folgen beschreiben. Die demografischen Prozesse bedingen enorme Veränderungen der Stadtgesellschaft, die ihre Schatten weit voraus werfen. Selbst wenn die Schrumpfung der Bevölkerungszahl in einigen Städten – so auch in Dortmund – abgefedert werden konnte: Zumindest verschiebt sich auch in diesen Städten die Altersstruktur ganz deutlich hin zu einer wachsenden Gruppe älterer Bürgerinnen und Bürger und - im Umkehrschluss - einem immer kleiner werdenden Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung. Dass viele dieser Kinder und Jugendlichen eine Migrationsgeschichte haben, ist längst bekannt. In Dortmund haben in einigen Sozialräumen über 60% der Menschen einen Zuwanderungshintergrund, unter den Kindern und Jugendlichen sind es in manchen Quartieren über 90%. Dabei ist ausdrücklich zu betonen, dass die in der Regel mit dem Migrationshintergrund zusammenhängenden sprachlichen, kulturellen und sonstigen Ressourcen ein beachtliches Potenzial sind – eigentlich. In Kombination mit guten Bildungsabschlüssen und ebensolchen Deutschkenntnissen kommen solche Voraussetzungen sogar einer Arbeitsplatzgarantie nahe. Aber genau da liegt die Crux, denn immer noch haben Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln seltener einen qualifizierten Schulabschluss, immer noch sind sie an Hochschulen unterrepräsentiert und immer noch finden sie (noch) schlechter einen Ausbildungsplatz, als Einheimische.

Dies wiegt besonders schwer vor dem Hintergrund des Strukturwandels der letzten Jahrzehnte. Die Zahl der in den alten großen Branchen Dortmunds - Kohle, Stahl und Bier - Beschäftigten verringerte sich im Zeitraum von 1960 bis 1994 von 127.000 auf 37.000 Personen. 90 000 Arbeitsplätze sind in diesem Zeitraum verloren gegangen. Dies aufzufangen war Aufgabe des im Jahr 2000 gestarteten "dortmund-project". Innerhalb von zehn Jahren, so das ehrgeizige Ziel, sollten 60.000 neue Arbeitsplätze in den Branchen Informationstechnologie (IT), E-Logistik, Mikrosystemtechnik (MST) und weitere 10.000 Arbeitsplätze in angrenzenden Wirtschaftssektoren entstehen. Die Aufgaben sind in drei Arbeitsfeldern gebündelt: "Zukunftsbranchen", "Menschen und Kompetenzen" sowie "Entwicklung von Zukunftsstandorten". Hier werden konkrete Projekte entwickelt und umgesetzt, die miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig ergänzen. Auf diesem Wege konnten mehr als 35.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aber nicht alle weggefallenen Arbeitsplätze konnten angesichts des Booms in den Neuen Technologien und der Logistikbranche kompensiert werden. Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen sind die Folge und sie wirken sich besonders prägend auf die

nachwachsenden Generationen aus. Sie wachsen häufig in sozial benachteiligten Milieus auf. Und auch hier sind Familien mit Zuwanderungsgeschichte häufiger betroffen.

Angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Änderungen treffen Lebensstile aufeinander, die nicht nur geprägt sind durch verschiedene Familienformen und Lebensentwürfe, soziale, ethnische und kulturelle Merkmale. Abhängig von der jeweiligen Einkommenssituation sind sie vielmehr auch gekennzeichnet durch deutlich unterschiedliche Teilhabe- und Lebenschancen.

Alles in allem droht die Bevölkerung soziokulturell immer weiter auseinander zu driften. Arm und Reich, Alt und Jung, Familien mit und ohne Kinder, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte leben zunehmend sozialräumlich polarisiert. Oder anders herum: Es kristallisieren sich Teilräume heraus, in denen Problemlagen gehäuft auftreten. Und es sind (wieder einmal) vor allem die Kinder und Jugendlichen, die zunehmend in diesen sozial benachteiligten Nachbarschaften wohnen, in denen sich Dimensionen sozio-ökonomischer, demografischer und ethnischer Segregation häufen, prekäre Lebensbedingungen und gesellschaftliche Ausgrenzung den Alltag bestimmen. Dabei bedeutet Armut nicht allein die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Armut ist vielmehr auch Mangel an Bildung und Erziehung, Gesundheit und Ernährung, Kultur, sozialen Kontakten und Teilhabe.

Der Weg hin zu einer sozialen Stadt ist Querschnittsaufgabe aller Politik- und Verwaltungsbereiche. Es muss der städtischen Sozialpolitik um die Stärkung genau der kommunalen Institutionen und Strukturen gehen, die den betroffenen Familien Wege aus der Armut hin zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Eigenständigkeit ermöglichen. Und mehr noch: „Jeder Bürgerin und jedem Bürger sollen gute Start- und Rahmenbedingungen und die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Stadtgesellschaft geboten werden.“ (aus: Bericht zur sozialen Lage in Dortmund 2005). Das ist das Ziel der sozialen Stadt.

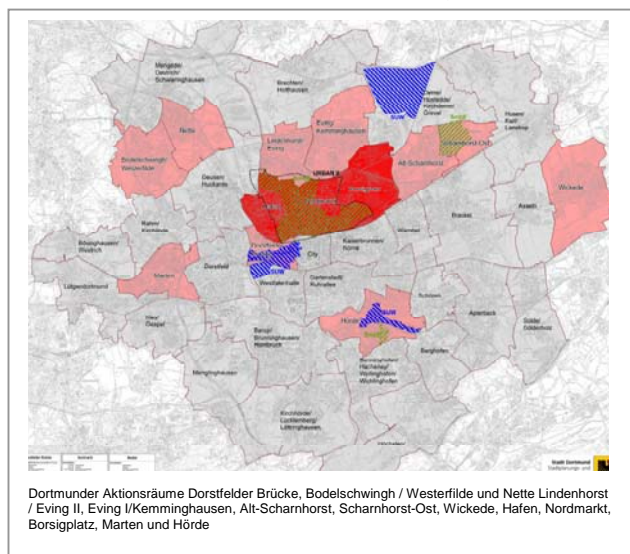
Handlungsbedarfe müssen frühzeitig erkannt, zielführende Maßnahmen müssen entwickelt werden. Dafür brauchen Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung vor allem der großen Städte Informationen über solche, teilweise gravierenden Veränderungen und sich abzeichnende Problemlagen. Nur so können sachgerechte Diagnosen und letztendlich wirksame Maßnahmen entwickelt werden.

Hartz-Konzepte zur Reform des Arbeitsmarktes

Unter anderem auch vor dem Hintergrund der Hartz-Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes beauftragte der Rat der Stadt Dortmund im Juni 2005 die Verwaltung, die bis dahin über die Jahre bewährte Sozialberichterstattung weiter zu entwickeln. Seit einem halben Jahr bestimmten damals unter dem Stichwort Hartz IV die Sozialgesetzbücher II und XII die Rahmenbedingungen dessen, was früher „Arbeitslosengeld“, „Arbeitslosenhilfe“ und „Sozialhilfe“ hieß. Die Wirkungen dieses neuen Leistungssystem linear vergleichend im Blick zu behalten war ebenso selbstverständlich, wie es mit den alten Beobachtungsinstrumenten nicht zufrieden stellend möglich war. Ein neuer, qualifizierter Bericht zur sozialen Lage in Dortmund sollte hier die Brücke bauen und entsprechend der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes und des Landes NRW auch Auswertungen der Einkommens- und Lohnsteuerstatistik aufnehmen. Gewünscht war außerdem eine detaillierte sozialraumorientiert aufbereitete Datensammlung in Form eines Sozialstrukturatlases.

„Bericht zur sozialen Lage in Dortmund“ und „Sozialstrukturatlas“

Auf dieser Grundlage hat das Sozialdezernat der



Stadt Dortmund gemeinsam mit dem „Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum“ (Zefir) das Konzept für den 2007 veröffentlichten „Bericht zur sozialen Lage in Dortmund“ und den „Sozialstrukturatlas“ entwickelt.

Das Berichtssystem besteht aus der sozialräumlich aufbereiteten Datensammlung im Sozialstrukturatlas und der – ebenfalls sozialräumlich orientierten – Analyse im Bericht zur sozialen Lage. Zusätzlich wurde eine Internetplattform entwickelt, auf der aktuelle Sozialdaten auch interaktiv zur Verfügung stehen. So können per Mausclick Sozialdaten zu den Stadtbezirken und Sozialräumen aufgerufen und mittels Karten und Grafiken sehr anschaulich dargestellt werden.

Indem das Berichtssystem eine detaillierte und qualifizierte Darstellung sozialer Problemlagen in den Stadtquartieren leistet und darüber hinaus aufzeigt, in welchen Quartieren sie unter dem Durchschnitt liegen, geht es über eine rein quantitative Beschreibung von Lebenslagen weit hinaus. Daneben benennt es außerdem Ziele und gibt Hinweise auf Handlungsnotwendigkeiten. Es ist damit Bestandteil eines flexiblen Sozialplanungsprozesses und eine solide Informationsbasis für präventiv orientierte politische Entscheidungsprozesse in Dortmund.

In 13 von insgesamt 39 Dortmunder Sozialräumen sind die sozialen Problemlagen deutlich größer als im städtischen Durchschnitt.

Das ist das Ergebnis des Analyse- und Auswertungsverfahrens. Auf eine kurz Formel gebracht sind hier das Einkommen und die Wohnfläche gering, der Anteil der arbeitslosen Menschen, der Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dagegen hoch. In diesen Sozialräumen ist die Armut am höchsten. Und dort leben die meisten Kinder und Jugendlichen. Oder anders formuliert: Dort, wo die meisten armen Menschen leben, wachsen auch die meisten Kinder auf. Und dort leben auch die meisten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Benachteiligte Sozialräume werden zu Aktionsräumen – durch den Aktionsplan Soziale Stadt

Schnell war klar, dass Ressourcen in diese benachteiligten Quartiere zu lenken und die Probleme vor Ort zu lösen sind. Und dass vor allem in diesen benachteiligten Sozialräumen und vor allem für die nachwachsende Generation integrierte Handlungskonzepte dringend notwendig sind. Denn die Anforderungen an die Verbesserung der sozialen Lage in dieser Stadt sind so komplex, dass sie nur als Querschnittsaufgabe von Politik, Verwaltung, Organisationen und Ehrenamt gelöst werden können. Aus benachteiligten Sozialräumen werden Aktionsräume. Genau da setzt der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ an.

Bürgerbeteiligung als Herzstück des Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund

Im Februar 2008 fiel mit der zentralen Auftakt-Veranstaltung „Forum Soziale Stadt“ im Dortmunder Rathaus der Startschuss für einen dezentral organisierten Bürgerbeteiligungsprozess. Ziel war es, gemeinsam mit den Dortmunderinnen und Dortmundern und den Fach-Akteurinnen und Akteuren herauszufinden: Was sind die besten, die richtigen, passgenauen Lösungen für das jeweilige Quartier? Wie kann noch besser und gezielter gehandelt werden?

Wie kann aus einem benachteiligten Sozialraum ein Aktionsraum werden? Über 2.000 Personen aus Politik und Verwaltung, Verbänden und Kirchen, Vereinen und Organisationen beteiligten sich an den Diskussionen in insgesamt fast 30 Veranstaltungen und engagierten sich in Facharbeitsgruppen. Unbeschadet aller individuellen Abweichungen in den Aktionsräumen – so das zentrale Ergebnis des Beteiligungsprozesses – konzentrieren sich in ausnahmslos allen benachteiligten Quartieren die wesentlichen Bedarfe auf drei



Zentrale Auftaktveranstaltung „Forum Soziale Stadt“ am 21. Februar 2008 in der Bürgerhalle des Dortmunder Rathauses mit über 500 Teilnehmer/innen.

Handlungsschwerpunkte

1. Arbeit schaffen: Lokale Ökonomie und Beschäftigung im Quartier,
2. Kinder stärken: Gemeinsam mit den Eltern – Ernährung, Bildung, Sprache, Integration und
3. Gemeinsam Handeln: sozialen Zusammenhalt stärken.

Arbeit schaffen: Lokale Ökonomie und Beschäftigung im Quartier

Hohe Arbeitslosigkeit, viele arbeitslose Personen mit Vermittlungshemmnissen und viele Jugendliche, die nicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind – das sind die Merkmale der ersten Dimension sozialer Benachteiligung, die alle Aktionsräume kennzeichnet. Der Fokus soll hier auf Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten und auf der Stärkung der lokalen Ökonomie liegen.

Kinder stärken: Gemeinsam mit den Eltern – Ernährung, Bildung, Sprache, Integration

Eine weitere Dimension sozialer Benachteiligung ist der hohe Anteil von Kindern im SGB II-Bezug. Hier müssen die Erziehungskompetenzen der Eltern, die Ernährungssituation der Kinder, und – unabhängig von ihren familiären Wurzeln - ihre Sprachentwicklung und ihre gesellschaftliche Integration unterstützt werden. Die Einbeziehung der Eltern, ihre Aktivierung und damit die Hilfe zur Selbsthilfe sind dabei essentielle Maßnahmebausteine.

Gemeinsam Handeln: sozialen Zusammenhalt stärken

Die dritte Dimension zeigt sich – ebenfalls in allen Aktionsräumen - in sozial isolierten Wohnvierteln, Schwierigkeiten im Zusammenleben von Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund und in Unzufriedenheit mit Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung.

Zu diesen Handlungsschwerpunkten wurden im Laufe des Beteiligungsprozesses von den Akteurinnen und Akteuren vor Ort insgesamt mehr als 200 Projektideen eingebracht. Gemeinsam mit Fachleuten aus Verwaltung und Verbänden qualifizierten sie in einem ersten Schritt 34 dieser Ideen zu den Konzepten weiter, die aktuell durch die Fachakteure vor Ort umgesetzt werden (vgl. Kasten).

Ganz ohne neue Strukturen geht es nicht

Selbstverständlich gilt eine Maxime auch bei der Umsetzung des Aktionsplan Soziale Stadt, nämlich die des ressourcenschonenden Einsatzes des Finanz- und Personalbudgets. Allerdings nützt die beste Idee nicht viel, wenn sie nicht ordentlich umgesetzt werden kann.

Die Realisierung des Aktionsplanes ist gleichbedeutend mit der Umsetzung vieler umfassender Ideen, und das nicht zentral, sondern dezentral, in dreizehn unterschiedlichen Quartieren. Ein gewisser Organisations- und Steuerungsaufwand ist hier unvermeidbar.

So wird jedes einzelne Projekt von einer Projektentwicklerin oder einem Projektentwickler aus dem jeweils zuständigen Verwaltungsbereich begleitet. Ihre Aufgabe ist es, die Projekte von der Idee bis zur Umsetzung fachlich zu begleiten, dabei die Ressourcen und den vereinbarten Zeitplan nicht aus den Augen zu verlieren und die wesentlichen, für das Projekt notwendigen Akteurinnen und Akteure an einen Tisch zu holen und zu vernetzen.

Die 34 Projekte

Beratung für Jugendliche hinsichtlich des Übergangs Schule – Beruf im Aktionsbüro
Ziel: Verbesserung des Übergangs Schule Beruf

Aufsuchende Arbeit, mobile Angebote, Sucht- und Gewaltprävention
Ziel: Unterstützung und Beratung für Jugendliche an informellen Treffpunkten

Niederschwellige Sprachförderung für Mütter mit Migrationshintergrund
Ziel: Bildungskompetenzen in den Familien stärken, bessere Integration durch Spracherwerb

Ausbau der Serviceangebote und Dienstleistungen für ältere Menschen
Ziel: Der hohen Zahl Älterer in Alt-Scharnhorst mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität bieten

Förderung von Baumaßnahmen für Seniorenwohnungen
Ziel: Alten Menschen soll ermöglicht werden, in Alt-Scharnhorst zu bleiben

Ausbildungsplatzakquise
Ziel: Mehr Ausbildungsplätze und höhere Vermittlungszahlen

Mentoring während der Ausbildungszeit
Ziel: Steigerung der Vermittlungszahlen, Verminderung der Ausbildungsabbrüche

Sportpaten für Evinger Sportvereine
Ziel: Förderung sportlicher Betätigung sozial Benachteiligter und des sozialen Lebens

Stärkung der Familienarbeit – Schule als Familienstützpunkte
Ziel: Verstärkte Förderung bei Sprachentwicklung, Gesundheit und Freizeitgestaltung

Unterstützung der Ganztagsbetreuung (u.a. verlässliches Essen im Offenen Ganztage)
Ziel: Gesunde Ernährung, soziale Gleichbehandlung

Multikulturelle Begegnungshäuser (Speckstraße/Grollmannsweg)
Ziel: Kommunikation/Nachbarschaft generations- und kulturübergreifend fördern

Ausweitung des Projektes Chill out
Ziel: Prävention, Deeskalation und aufsuchende Arbeit für Jugendliche.

Attraktivität und Beschäftigung in Nette
Ziel: BuRiAd-Siedlung aufwerten, Beschäftigung schaffen, Potenziale aktivieren

Begegnung in Nette – Sprachkurse für alle Altersgruppen, Angebote der Begegnung
Ziel: Integrationsförderung

Schulfrühstück an der Steinhammer- und Friedens-Grundschule
Ziel: tägliches Frühstück für alle Kinder sicherstellen, gesunde Ernährung

Quartiersmanagement installieren, Sozialberatung verbessern
Ziel: Attraktivität steigern, Leerstände verringern, Schuldnerberatung anbieten

Stützung und Förderung von Kindern mit benachteiligter Ausgangssituation der Eltern
Ziel: altersgemäße Förderung, Aufbrechen der Isolation von Eltern und Kindern.

Stadtteilmütter – Einbeziehung zweisprachiger Mütter
Ziel: Frühförderung verbessern, bilinguale Mütter als Multiplikatoren

Interkulturelle Konfliktvermittlung/Mediation
Ziel: Vermittlung nachbarschaftlicher Konflikte, Verbesserung des Zusammenleben

Das blaue Haus – den Aufbruch gestalten
Ziel: Niederschwellige berufliche Integration langzeitarbeitsloser junger Erwachsener

Winkel-Cafe im B3 – Treffpunkt für junge Eltern mit Kind (0 – 3 Jahre)
Ziel: Sozialen Kontakte junger Familien, Erfahrungsaustausch, Elternkompetenzen fördern

Fitte Frauen im Clarenberg
Ziel: Niederschwelliges Angebot für (langzeitarbeitslose) Frauen

Plan B – Wir stellen was auf die Beine, Einrichtung einer Produktionsschule
Ziel: Motivierende und lebensnahe Beschäftigung- und Qualifizierung für Jugendliche

Nutzung von Schulhöfen am Wochenende
Ziel: Bewegung und Spaß für Kinder, Jugendliche und Eltern ermöglichen

Frühkindliche Förderung im Wohnblock
Zielgruppe: Kinder ohne KITA, niederschwelliges Angebot

Forschungshaus für Kinder –Wissens- & Lernwerkstatt zum Erleben und Forschen
Ziel: Fördern benachteiligter Kindern aus bildungsfernen Familien

Maßnahmenkatalog „Gewaltprävention“
Ziel: Coolness- und Streitschlichter-Trainings

Der gehende Schulbus „Walkingbus“
Ziel: Sicherer Weg für Grundschulkindern

Nachbarschaftshelfer
Ziel: Ehrenamtliche Helfer im Quartier, um anderen hilfsbedürftigen Menschen zu helfen

PerspektivenWechsel – Hochschulen vor Ort
Ziel: Entwickeln wissenschaftlicher und künstlerisch-gestalterischer Arbeiten für den Stadteit

Straßenkümmerer
Ziel: Quartiersservice, Verhinderung bzw. Minderung sozial unverträglichen Verhaltens

Kooperationsprojekt: Jugendwerkstatt, Produktionsschule und Jugendkulturwerkstatt
Ziel: Niederschwellige, integrative Angebote für Jugendliche mit Förderbedarfen

Lerngastronomie Kohldampf
Ziel: junge Erwachsene entwickeln Angebote in der Servicegastronomie und führen sie durch

GründerInnenzentrum: Konzeption/Angebot eines externen Ausbildungsmanagements
Ziel: Lokale Ökonomie entwickeln und Ausbildungsplätze vor Ort schaffen

Entwicklungen im Aktionsraum, die über die vereinbarten Projekte hinausgehen, behalten die hauptamtlichen Aktionsraumbeauftragten im Blick. Sie sind in den Nachbarschaften Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für alle vor Ort Aktiven und haben dort auch ihren Arbeitsplatz. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, das Zusammenspiel der einzelnen Projekt im Aktionsraum zu koordinieren, Schnittstellen zu erkennen und die vor Ort Tätigen zu vernetzen.

Auf zentraler Ebene wird der Gesamtprozess durch ein Projektbüro koordiniert, in dem über die Aktionsraumbeauftragten die Fäden aus allen Quartieren zusammen laufen. Die verwaltungsseitige, fachliche Steuerung des Gesamtprozesses gewährleistet eine Steuerungsgruppe, in der alle Dezernate vertreten sind. Sowohl das Projektbüro als auch die Projektsteuerung gehören organisatorisch zum Aufgabenbereich des Amtes für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters.

Daneben richten die Sozialverwaltung und die JobCenterARGE Aktionsbüros sukzessive in allen Aktionsräumen ein, um so die Dienstleistungen der JobCenterARGE und die Hilfestellungen der Sozialverwaltung vor Ort zu tragen. Das Angebot soll neben einem niederschweligen Beratungsangebot auch eine Verzahnung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der Beschäftigungsförderung vor Ort umfassen. Gemeinsam mit den weiteren Akteuren im Quartier werden zielgruppenspezifische Bedarfe herausgearbeitet und entsprechende Angebote entwickelt.

Wir können zwar nicht die Windrichtung bestimmen, aber wir können die Segel richtig setzen.

Ein Aktionsplan Soziale Stadt – so breit er auch angelegt und getragen sein mag – reicht nicht aus, um Armut zu bekämpfen. Dies kann de facto nur gelingen, wenn Bund, Land und Stadt diese Aufgabe gemeinsam angehen. Aber ein solcher Prozess ist sicher ein guter Weg, die in der Stadt vorhandenen Potenziale zu bündeln und passgenaue, effiziente Projekte genau dort hin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Ob letztendlich die Segel auf Antrieb richtig gesetzt sind und wo nachgesteuert werden muss, das wird ein umfassendes Monitoringsystem zeigen, das aktuell mit allen beteiligten Fachbereichen entwickelt wird.

Übrigens: Der Aktionsplan stellt sich vor. Er ist Thema beim 7. Bundeskongress Soziale Arbeit, der unter dem Titel „Gerechtigkeit. Verantwortung. Sicherheit. Soziale Arbeit positioniert sich.“ in diesem Jahr vom 24. bis zum 26. September in Dortmund stattfindet. Sowohl das Gesamtkonzept, als auch einige ausgewählte Projekte werden im Regionalen Forum am 25. September 2009, von 10.00 bis 15.00 Uhr auf dem Uni-Campus in der Emil-Figge-Straße 50 von den Projektverantwortlichen und Studierenden der TU Dortmund und der Fachhochschule Dortmund vorgestellt und diskutiert. – Machen Sie sich ein Bild, diskutieren Sie mit!

Weitere Links:

www.dortmund.de

www.sozialestadt.dortmund.de

www.sozialbericht.dortmund.de

www.dora.dortmund.de

www.bundeskongress-soziale-arbeit.de.